

# Die nicht notwendige Notverstaatlichung

**Kommunalkredit.** Die ÖVAG hätte eine Pleite ausgehalten, argumentiert der Rechnungshof.

WIEN (SN-wie). Die Kommunalkredit war die erste Bank, die im Zuge der Finanzkrise in Österreich verstaatlicht wurde. Nach kurzen, intensiven Verhandlungen ging der am Rand der Zahlungsunfähigkeit stehende Gemeindefinanzierer Anfang November 2008 um zwei Euro in das Eigentum der Republik Österreich über.

Die Verstaatlichung in höchster Not sei aber ohne fundierte Analyse erfolgt, kritisiert der Rechnungshof in einem am Montag veröffentlichten Bericht über die Kommunalkredit sowie die in der Folge entstandene „Bad Bank“ KA Finanz. Zudem seien die Vorgänge, die zur Verstaatlichung führten, nicht oder nur unvollständig dokumentiert, stellt das Kontrollorgan des Parlaments fest.

Der Rechnungshof zieht auch eines der Hauptargumente für die Verstaatlichung in Zweifel, nämlich dass sie nötig gewesen sei, um bei der damaligen Hälfte-Eigentümerin der Österreichischen Volksbanken AG (VBAG) Schlimmeres zu verhindern. Dazu hält der RH fest, „dass laut den vorliegenden Unterlagen eine allfällige Insolvenz der Kommunalkredit alt die Situation der VBAG zwar erschwert, ihre Existenz selbst offenbar nicht gefährdet hätte“.

Im Finanzministerium widerspricht man der Darstellung des Rechnungshofs und verweist auf das hohe Risiko eines Dominoeffekts. „Wir befanden uns Ende 2008 auf dem Höhepunkt der Finanzkrise“, sagte eine Sprecherin des Finanzressorts. Es sei damals

europäischer Konsens gewesen, jede systemrelevante Bank durch staatliche Hilfe abzusichern. Eine Insolvenz der Kommunalkredit hätte eine Destabilisierung des Finanzplatzes Österreich bedeutet und negative Auswirkungen auf das Rating der Republik gehabt.

Zur Einstufung als systemrelevante Bank wird in der Stellungnahme des Finanzressorts im RH-Bericht auf die beherrschende Rolle der Kommunalkredit in der kommunalen Finanzierung verwiesen. Es habe daher hohes Interesse gegeben, den Zusammenbruch des Instituts zu vermeiden. Der Rechnungshof verweist hingegen auf ein Besprechungsprotokoll, in dem die Finanzprokuratur die Meinung vertrat, „dass Sanierungsmaßnahmen auf Ebene der ÖVAG-Gruppe wirksamer sein könnten, als die Mittel für die ÖVAG-Tochter Kommunalkredit zu verwenden“. Allerdings fand sich in den Unterlagen



Tatsächlich systemrelevant? Bild: SN/AP

„kein Hinweis darauf, dass dieser Ansatz weiterverfolgt wurde“, heißt es dazu vonseiten der Prüfer des Rechnungshofs. Er moniert generell das Fehlen entsprechender Akten über die Verhandlungen, die zum Abschluss des Kaufvertrags der Anteile führten. „Zeitnahe Dokumentationen fehlten“, es lagen nur „vereinzelte“ Aktenvermerke sowie großteils im Nachhinein verfasste Gesprächsprotokolle vor. Das erschwerte laut Rechnungshof das Nachvollziehen der Vorgänge und der Entscheidungsgründe für die „getroffenen und mit hohen finanziellen Auswirkungen verbundenen Maßnahmen“ der Republik.

Die Opposition sieht sich in der Kritik der Rettungsmaßnahmen bestätigt. Man habe keine Alternativen zur Rettung mit Steuergeldern geprüft, sagte Werner Kogler von den Grünen, zudem gebe es an der Systemrelevanz der Kommunalkredit noch immer Zweifel.